

SZENARIO 4

„TOHUWABOHU“

2030

Die ökologische Frage ist zu einem Streitthema von ungeahnter Heftigkeit geworden. Wo man hinschaut, Konflikte. Die ganze Gesellschaft befindet sich, so scheint es, in einem tiefgreifenden Zerwürfnis. Viel zu lang hat die Politik die notwendigen Veränderungen um des lieben Friedens willen verschleppt oder nur halbherzig vorangetrieben. Und jetzt läuft die Zeit davon. Der Klimawandel schreitet viel schneller voran, als erwartet. So werden immer radikalere Forderungen nach einem sofortigen Umbau erhoben. Als verschärfend hat sich der weltweite Wirtschaftsabschwung erwiesen. Schon Anfang der 2020er Jahre waren die Finanzmarktdaten bedrohlicher als vor der Krise, die 2008 einsetzte. Schließlich war es die Blase der faulen Unternehmenskredite von chinesischen Firmen, die vor sechs Jahren platzte und ein neues Beben auslöste, das die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zog.

Aber nicht nur in China war und ist das Wirtschafts- und Finanzsystem bereits durch und durch marode. In Europa sind ebenfalls viele Unternehmen und der öffentliche Sektor stark überschuldet – was nur so lange gut gehen konnte, wie die Zinsen nahe Null lagen. Die Krise hat auch in Deutschland zu massiven Verwerfungen geführt und offenbart, wie brüchig der soziale Zusammenhalt bereits geworden ist.

Das alles tut der politischen Kultur nicht gut: Polemik ersetzt das Argument, emotional aufgeheizte ideologische Kampagnen verdrängen den Diskurs. „Fridays für Future“ trifft auf „Mondays for Economy“; „Rettet das Klima!“ auf „Rettet den Diesell!“ – so fing es an und so ist es die vergangenen zehn Jahre auch weitergegangen. Kunststoffe, die moderne Agrarchemie, Antibiotika und neue molekularbiologische Therapieformen, selbst die Zement- und Papierherstellung werden in den 2020er Jahren zum Gegenstand hitzig geführter Debatten und politischer Forderungen – ähnlich wie die Auseinandersetzungen um „die Kohle“ im vorangegangenen Jahrzehnt. Die medialen Echokammern, die jeweils immer nur die eigene Weltsicht bestätigen, verschärfen die Konflikte.

Dabei wurde die Transformation zunächst zügig und ambitioniert vorangetrieben. Oft jedoch ohne jegliches soziale Augenmaß – und vornehmlich zu Lasten der Menschen mit mittleren und geringen Einkommen. Und das, obwohl sich die Gesellschaft sozial schon länger auseinanderentwickelt hatte. Zudem hatten viele den Eindruck, dass man versuche, die Welt im Alleingang zu retten. Das alles führte zu immer neuen Konflikten: innerhalb von Belegschaften, in den Schulen, an den Universitäten, in den Familien. Während die einen eine „Ökodiktatur“ bekämpften, wuchs auf der anderen Seite trotz allem – zuweilen überstürzt – Aktionismus einzelner Länder die Frustration über die

Unentschiedenheit des globalen Krisenmanagements. So blieben viele Projekte der ökologischen Wende wegen unbewältigter Konflikte auf halber Strecke stecken. Viele Unternehmen streichen geplante Investitionen oder verlagern ihre Standorte angesichts der unsicheren politischen Rahmenbedingungen. So entstehen neue Cracker in Chemieparks, Anlagen der Papierindustrie, Forschungs- und Entwicklungszentren der Pharmabranche und Produktionsanlagen anderer Wirtschaftszweige vermehrt an Standorten, die verlässlicher und industriefreundlicher erscheinen.

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer und autoritärnationalistischer Parteien bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zusätzlich. Doch dadurch wird auch nichts besser. Im Gegenteil, durch gegenseitige Blockaden und widersprüchliche Aktionen sackt das Ansehen der Politik noch weiter ab. Auch die EU droht durch die inzwischen extrem verhärteten Gegensätze der Mitgliedstaaten auseinanderzubrechen. Neben dem „richtigen Kurs“ für die Transformation und den erforderlichen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zur Bewältigung der Finanzkrisen ist der – auch durch die wachsende Zahl von Umweltflüchtlingen – stärker werdende Migrationsdruck weiterhin ein zentrales Streitthema.

Aber Ideologie und Polemik hin oder her, dahinter stecken natürlich ganz materielle Ursachen, Interessengegensätze und Zielkonflikte. Die Steuer- und Abgabenlast hat dramatisch zugenommen und das bekommen vor allem Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen zu spüren. Die ohnehin schon hohen Preise für Waren wie Strom, Benzin, Reisen und Fleisch sind exorbitant gestiegen.

Vormalige Alltagsgüter werden zunehmend zu Luxusgütern. Einige Wirtschaftszweige, die bereits nachhaltige Produktionsweisen etablieren konnten, profitieren von dieser Entwicklung, andere verlieren ihre Existenzgrundlage.

Zudem lassen die hohen Kosten der Schadensbekämpfung einer ausgelaugten Umwelt die Spielräume für staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und soziale Teilhabe dahinschmelzen. Während die einen sich dafür begeistern, an einem so großen und weltbewegenden Zivilisationswandel mitzuwirken, fürchten die anderen um ihre Arbeitsplätze. Nicht ohne Grund, denn vor allem die energieintensiven Industrien, die noch immer einige Millionen Menschen beschäftigen, kränkeln und drohen zu verschwinden. Insbesondere in der Industriearbeiterschaft herrscht das Gefühl vor, als Sündenbock für alle möglichen Fehlentwicklungen herhalten zu müssen.

Viele Beschäftigte wehren sich gegen die Entwertung ganzer Branchen – und den damit verbundenen drohenden Verlust des Arbeitsplatzes und der persönlichen Lebensweise.

Auch innerhalb der Gewerkschaften vertieft sich die Spaltung, was ihre Durchsetzungskraft noch zusätzlich schwächt. Nicht mehr die Branchenzugehörigkeit ist das bestimmende identitätsstiftende Moment, sondern das Nachhaltigkeitsverständnis. Es kommt zu Ausgliederungen und Neugründungen „progressiver“ oder „strukturbewahrender“ Fraktionen, die sich entweder für ein rascheres Tempo der ökologischen Transformation einsetzen oder sie prinzipiell ablehnen. Eine andere Konfliktlinie verläuft zwischen Gewerkschaften, die für den ökologischen Umbau eintreten, und Betriebsräten, die sich mit aller Macht gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in ihrem Unternehmen stemmen. Ähnlich verläuft die Entwicklung auf Arbeitgeberseite. Auch in den Industrieverbänden bekämpfen sich Transformationsbefürworter und -gegner und es kommt zu Aufspaltungen.

Aber nicht nur die Frage des richtigen Kurses in Sachen Umwelt trägt dazu bei, dass der Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaften bedroht ist. Rechte Gruppierungen werben mit fremdenfeindlichen Positionen und Anfeindungen gegen die etablierten Institutionen – zu denen sie auch die Einheitsgewerkschaften zählen – immer offensiver um Mitglieder. Politische Richtungsgewerkschaften werden gegründet, die in den Betrieben um Einfluss konkurrieren.

Auch viele Städte und regionale Gebietskörperschaften versuchen vermehrt, ihre Entwicklung unabhängiger von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu gestalten. Eine eigene krisenfeste Infrastruktur – in der Wasser- und Lebensmittelversorgung oder der Energieerzeugung – und die Förderung lokaler Wertschöpfungsketten gewinnen an Gewicht und stärken regionale Identitäten. Es wird immer schwieriger, auf bundes- oder gar europapolitischer Ebene noch handlungsfähige Ansprechpartner zu finden; nicht zuletzt, weil das ohnehin schon polarisierte Parteiensystem noch weiter zersert.

Angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage und da eine gesamtgesellschaftlich zielgerichtete Entwicklung kaum noch möglich erscheint, bilden sich einige lokale und regionale Initiativen der pragmatischen Selbsthilfe. Es entstehen vielfältige neue, oft informelle Formen des Wirtschaftens. Die einen nennen es Nahraum-Ökonomie, die anderen eine sich ausbreitende Schattenwirtschaft zulasten des offiziellen Wirtschaftssektors. Aber stets geht es darum, selbstbestimmt zu leben und sich unabhängiger und widerstandsfähiger zu machen – für die nächsten Krisen, die kommen werden.

Die vielfältigen Konflikte und Spaltungen in der Gesellschaft stellen für die Gewerkschaften eine existenzielle Herausforderung dar und bedrohen den Kern ihrer Identität, die darauf beruht, für Verständigung, Interessenausgleich und Solidarität einzutreten. Innerhalb der Gewerkschaften führt dies zu einer polarisierenden Debatte.

Die einen betonen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, die anderen wollen eine klare Abgrenzung gegenüber populistischen Parteien und Strömungen. Immer öfter kommt die Frage auf, ob das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in einer derart zersetzten Gesellschaft noch Zukunft hat?

Nicht nur die Zahl von gewerkschaftlichen Aus- und Neugründungen hat in diesem Suchprozess deutlich zugenommen, sondern auch die Vielfalt der eingeschlagenen Wege. Die einen setzen auf Konflikt und Eskalation gegenüber Unternehmensführungen und Kapitaleignern.

Einige Gewerkschaften werden zunehmend zu Trägern von gemeinwohlorientierten Unternehmen, zum Initiator neuer Formen von Solidarität oder zum pragmatischen Unterstützer bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen ihrer Mitglieder. Manche konzentrieren sich auf den wachsenden Anteil der informell Beschäftigten. Andere setzen auf die Rückgewinnung von politischer Handlungsfähigkeit und Stabilität – sie versuchen das Gesellschaftssystem durch den Schulterschluss mit anderen Institutionen zu bewahren. Und wieder andere wollen den Systemwechsel besser heute als morgen herbeiführen.

Im Jahr 2030 ist Deutschland ein tief gespaltenes Land, in dem der Streit über die Verantwortlichen für das Desaster die Suche nach Lösungen überlagert. Eine Zeitenwende, deren Ausgang niemand kennt. Ob Deutschland in einer existenziellen Krise fest steckt oder das Tohuwabohu der Ausdruck eines anstehenden Systemwechsels ist, ist noch nicht entschieden.



Herausforderungen für die IG BCE

„Zusammenhalt und Konfliktfähigkeit in der Krise“

Die IG BCE muss ihre Aufgabe unter diesen verstörenden Rahmenbedingungen überhaupt erst einmal definieren: Was wollen wir sein? Systemkritiker oder Systembewahrer? Glauben wir wirklich an die Zukunft einer auf Wachstum aufgebauten kapitalistischen Wirtschaft oder reden wir ihr das Wort – aus Angst, unseren Wohlstand zu gefährden? Sind wir Transformationsbefürworter oder -gegner? Wollen wir Trutzburg für die noch gut situierten Stammebelegschaften sein oder ein Helfer für die wachsende Gruppe von Schwachen und Prekären? Sind wir Anwalt bewährter Produktionsweisen und der Interessen von Großkonzernen, oder unterstützen wir die neuen Formen des Wirtschaftens und die vielen, kleinen, neu entstehenden Keimzellen von Arbeit? Wollen wir das Gesellschaftssystem bewahren oder fordern wir einen klaren Bruch mit den alt-hergebrachten Verhältnissen?

Wir könnten uns aber auch für die Erweiterung oder eine vollständige Veränderung unseres Selbstverständnisses und Auftretens entscheiden und uns auf ganz neue Betätigungsfelder einlassen. Zum Beispiel als Träger von gemeinwohlorientierten Unternehmen, als Initiator neuer Formen von Solidarität oder als Unterstützer bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen unserer Mitglieder.

Auf jeden Fall ist Fantasie gefragt – und eine hohe Bereitschaft, die vielschichtigen Konflikte dieser turbulenten Zeit, in der so gegensätzliche Zukunftsentwürfe und Lösungsansätze unversöhnlich durcheinander wirbeln, mit Sinn und Verstand anzugehen, statt ihnen auszuweichen und uns für nicht zuständig zu erklären.



LEITFRAGEN ZU SZENARIO 4

Was kann die IG BCE in Zeiten wirtschaftlicher und ökologischer Umbrüche tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken? Wie kann die Idee des sozialen Ausgleichs und der solidarischen Gestaltung in der Transformation Attraktivität ausstrahlen, wenn sich der Trend gesellschaftlicher Fragmentierung und polarisierender Weltbilder weiter fort schreibt?

Wie kann vermieden werden, dass die ökologische Transformation überstürzt und ohne Rücksicht auf die sozialen Kosten angegangen wird? Wo finden wir handlungsfähige Gestaltungspartner in einer immer kleinteiliger und diverser werdenden politischen Landschaft?

Wie stärken wir unsere gewerkschaftliche Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit, damit die Beschäftigten nicht zu Leidtragenden eines chaotischen Strukturwandels werden?

Welche Zukunft hat das Modell der Sozialpartnerschaft, wenn die Fliehkräfte in Wirtschaft und Gesellschaft zunehmen?

Wie könnte die IG BCE als Initiator und Plattform für neue Formen solidarischer Netzwerke sowie für alternative Formen des Wirtschaftens agieren?

Wie geht die IG BCE damit um, wenn alle möglichen Formen von informeller Arbeit substantziell zunehmen?

Wie kann die IG BCE mit zunehmenden politischen Polarisierungen innerhalb der eigenen Organisation konstruktiv umgehen, Spaltungen vermeiden und den Grundgedanken der Einheitsgewerkschaft bewahren? Müssen wir uns auf eine neue Spaltung der Arbeitnehmerschaft entlang ideologischer Orientierung vorbereiten?



EIN BLICK AUF DIE MITBESTIMMUNG

SZENARIO 4

Die Spaltung innerhalb der Belegschaften findet seinen Ausdruck in einer wachsenden Zahl konkurrierender Listen bei den Betriebsratswahlen und erreicht nun auch die Interessenvertretungen. Noch gravierender ist aber, dass zunehmend äußerst rechte Netzwerke und Organisationen in der Mitbestimmung Fuß gefasst haben. Im Ergebnis schwächen diese Entwicklungen die Durchsetzungsfähigkeit der betrieblichen Mitbestimmung. Politische Gesinnungsfragen treten immer mehr an die Stelle der Aushandlung guter Arbeitsbedingungen. Auch die massiv angestiegene Arbeitslosigkeit trägt nicht gerade zu einer besseren Verhandlungsposition bei.

Den Unternehmensführungen fällt es so leicht, jedwedes Anliegen mit Bezugnahme auf die vorgeblich schlechte wirtschaftliche Lage zurückweisen. Gerade in Unternehmen, die in der Transformation unter massiven Anpassungsdruck geraten, kommt es zunehmend zu Konflikten: zwischen Befürwortern und Gegnern der Transformation, zwischen denen, die sich auch andernorts gute Chancen ausrechnen, und denen, die fürchten, keinen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die Entwicklung schwächt die Durchsetzungsfähigkeit der betrieblichen Mitbestimmung. Viele Betriebsräte fühlen sich nicht genügend von ihrer Gewerkschaft unterstützt – oder sogar allein gelassen, wenn diese grundsätzlich dem Transformationskurs zustimmt. Auch die Unternehmensmitbestimmung leidet darunter, dass auf der Arbeitnehmerbank allzu unterschiedliche Einschätzungen vorherrschen. Ein gemeinsamer konstruktiver Ausweg scheint nicht in Sicht.

BLICK AUF DEN POLITISCHEN EINFLUSS DER GEWERKSCHAFTEN

SZENARIO 4

Es droht die Gefahr, dass die Gewerkschaften zwischen die Stühle geraten: Für die einen gelten sie als Teil der etablierten Institutionen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Nachhaltigkeitsthemen zu lange verschleppt worden sind. Für die anderen sind

sie als Befürworter der Transformation ein Gegner, der bekämpft werden muss. Rechtspopulistische Kräfte versuchen zudem, den politischen Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen und ihre Beteiligungsrechte einzuschränken. Dass auch innerhalb der Gewerkschaften die politische Polarisierung, Grabenkämpfe und sogar Ausgründungen zunehmen, schwächt ihre Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit zusätzlich. Die größte Herausforderung für die Gewerkschaften liegt darin, dass diese tief gespaltene und von Konflikten geprägte Welt den Kern ihrer Identität bedroht, die darauf beruht, für Verständigung, Interessenausgleich und Solidarität einzutreten.

EIN BLICK AUF DIE TARIFPOLITIK

SZENARIO 4

Im Fall einer Insolvenz nützt auch der beste Tarifvertrag wenig. Angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs und zahlreichen Unternehmenspleiten im Zuge der überstürzt vorangetriebenen ökologischen Kehrtwende werden den Gewerkschaften in der Tarifpolitik viele Zugeständnisse abverlangt. Durch das Entstehen von arbeitgebernahen sowie politischen Gewerkschaften erwächst zusätzliche Konkurrenz – die im Ergebnis für die Beschäftigten oft zu schlechteren Arbeitsbedingungen führt. Dadurch verlieren die Arbeitnehmerorganisationen an Ansehen und letztlich an Mitgliedern. Allgemein hat die Sozialpartnerschaft, die für die Branchen der IG BCE vormals prägend war, stark an Substanz verloren. Meist reicht es nur noch für anlassbezogene Zweckbündnisse von kurzer Dauer. Entsprechend werden die Konflikte mit härteren Bandagen ausgetragen. Dort, wo man noch über die notwendige Durchsetzungskraft verfügt, dienen Streiks immer häufiger als Mittel der Wahl.

Aber für immer mehr Menschen – nicht nur im wachsenden Segment von informeller Beschäftigung – spielen Tarifverträge keinerlei Rolle. Gleichzeitig entstehen aber auch viele alternative Formen von Solidarität, Selbsthilfeorganisationen und Beteiligung an den Erträgen der eigenen Arbeit: So wächst unter anderem die Zahl von mitarbeitergeführten oder genossenschaftlich organisierten Unternehmen in den 2020er Jahren deutlich an. Aber auch die Schattenwirtschaft, in der keinerlei arbeitsrechtliche Standards von Bedeutung sind.

